

# Aargau gewährt mit Abstand am wenigsten Stipendien

Im Durchschnitt erhalten finanziell schwache Waadtländer Studierende jährlich über 10 000 Franken an Stipendien. Im Aargau waren es im letzten Jahr nur 4252 Franken. Viereinhalb Jahre nach der Abstimmung zeigt sich: Das strenge Stipendiengesetz wirkt.

Eva Berger

Im März 2018 haben die Aargauerinnen und Aargauer dem revidierten Stipendiengesetz zugestimmt. Seither sind die Kantonsbeiträge auf Tertiärstufe – Universitäten, Fachhochschulen, Höhere Fachschulen und Pädagogische Hochschulen – für finanziell schwache Studierende nur noch Teildarlehen: Den ihnen zustehenden Kantonsbeitrag können sie zu zwei Dritteln als Stipendium beziehen und zu einem Drittel als zinsloses Darlehen. Letzteres muss innerhalb von zehn Jahren nach Abschluss der Ausbildung zurückbezahlt werden, Stipendien nicht.

Das sogenannte Splittingmodell zwischen Darlehen und Stipendien auf der Tertiärstufe wurde damals von einer Mehrheit im Grossen Rat in der Debatte zum Stipendiengesetz eingebracht. Es bedeutet für Studierende mit einem Anspruch auf Kantonsbeiträge eine klare Verschlechterung. Die Gegner warnten vor Chancenungleichheit, die Befürworter begrüßten die Einsparungen. Mit 2,5 Millionen Franken pro Jahr rechneten sie. Das Gesetz trat am 1. August 2018 in Kraft, der Spareffekt

scheint eingetroffen zu sein. Denn seither sinken die durchschnittlichen Beiträge, die der Aargau jährlich an mittellose Studierende entrichtet.

## Beiträge sinken: 1500 Franken weniger in vier Jahren

2018 hatte der Kanton an 3399 Personen aller Stufen, davon 1154 Tertiär, im Durchschnitt rund 5700 Franken an Stipendien ausbezahlt. 2019 gab es noch Stipendien für 3299 Aargauerinnen und Aargauer, durchschnittlich waren es 4763 Franken. 2021 bezogen noch 3132 Personen ein Stipendium über durchschnittlich 4252 Franken. Das zeigt eine neue Untersuchung des Bundesamts für Statistik zu Stipendien und Darlehen der Kantone. Dabei fällt auf: Der Aargau ist der mit Abstand

knausrigste aller Kantone, wenn es um Ausbildungsbeiträge geht. Unterdurchschnittlich waren 2021 die Stipendien zwar auch beispielsweise in Schaffhausen mit dem zweittiefsten Wert. Dort erhielten finanziell Schwache aber im Schnitt immer noch 5264 Franken.

Im Durchschnitt erhielten Schüler und Studentinnen in der Schweiz 7496 Franken. Das sind 3244 Franken mehr, als Aargauerinnen und Aargauer bekamen. 7,4 Prozent der Studierenden in der Schweiz erhielten Stipendien, im Aargau waren es nur 6,4 Prozent.

Etwas anders ist die Entwicklung bei den Darlehen. Die Beiträge für diese haben seit der Einführung des Splittingmodells zugenommen – schliesslich können nur noch zwei Drittel des Kantonsbeitrags als Stipendium bezogen werden. 2018 hatte der Kanton insgesamt 238 Personen ein Darlehen für die Ausbildung gewährt, durchschnittlich über 4632 Franken. 2021 waren die Darlehen im Schnitt 6347 Franken hoch, verteilt auf 319 Bezügerinnen und Bezüger.

Auch hier liegt der Aargau aber nach wie vor deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt. Die Ausbil-

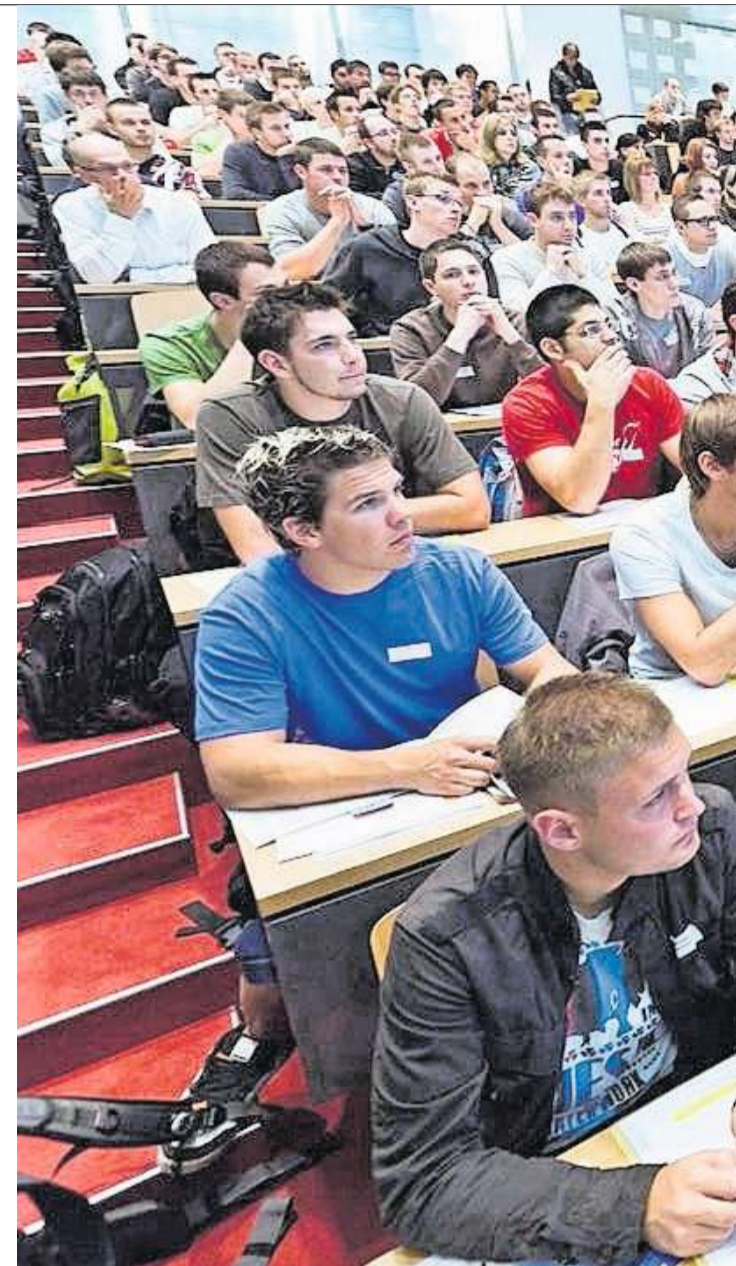
dingsbeiträge des Kantons setzten sich insgesamt zu 13 Prozent aus Darlehen und zu 87 Prozent aus Stipendien zusammen. Im schweizerischen Durchschnitt waren im letzten Jahr 95 Prozent der Beiträge Stipendien und nur 5 Prozent Darlehen. Auch bei dieser Quote belegt der Aargau den letzten Platz aller Kantone.

## Bildungspolitiker Thomas Leitch: «Noch schlimmer als befürchtet»

Für SP-Politiker Thomas Leitch sind die Zahlen alarmierend. Der Wohler sass

während 25 Jahren im Grossen Rat, er stellte sich 2018 vehement gegen das revidierte Stipendiengesetz. Vier Jahre nach Einführung präsentiere sich die Lage noch schlimmer, als im Vorfeld befürchtet wurde, sagt er auf Anfrage. Damals ging man unter dem neuen Gesetz von durchschnittlichen Stipendien in der Höhe von 5200 Franken aus. Jetzt sind es 1000 Franken weniger.

Wer seine Ausbildung weder selber noch mit der Hilfe der Eltern finanzieren kann, reicht beim Kanton einen Antrag für einen Beitrag ein. Ob dieser ge-



Studierende im Aargau – hier an der FHNW auf dem Campus Brugg-Windisch – erhalten im Vergleich mit anderen Kantonen am wenigsten Stipendien.

Bild: Stefano Schroeter/zvg



Sekundarlehrer und Bildungspolitiker Thomas Leitch (SP). Bild: Hehli

## Linke fordern höhere Stipendien, SVP verteidigt strenges Gesetz

SP-Grossrätin Simona Brizzi verlangt Anpassungen, SVP-Grossrätin Maya Meier sieht den Willen der Stimmbevölkerung umgesetzt.

Eva Berger

Im Grossen Rat ist derzeit ein Geschäft hängig, das eine Anpassung des Stipendiengesetzes verlangt: Die SP-Fraktion fordert, dass die Stipendienberechtigung auf Ausländerinnen und Ausländer mit Status F (vorläufig Aufgenommene) ausgeweitet wird.

Der Regierungsrat lehnt die Motion ab und begründet das damit, dass die Aargauer Stimmbevölkerung das revidierte Stipendiengesetz erst vor vier Jahren deutlich, mit 61,1 Prozent der Stimmen, angenommen hat. «Der Gesetzgeber bestätigte somit die bestehende Regelung», heisst es in der Antwort auf den Vorstoss.

## SP-Grossrätin kritisiert Mythos der Chancengerechtigkeit

Für die SP-Fraktion kein Grund, jetzt nicht nachzudoppeln: Angesichts der neuen Zahlen des Bundesamts für Statistik zu den Kantonsbeiträgen und dem letzten Platz für den Aargau, müsse man handeln, sagt Grossrätin Simona Brizzi. «Es ist ein Mythos in der Schweizer Bildungspolitik, dass jenen, die die richtigen Leistungen bringen, jede Ausbildung offen steht. Unabhängig davon, aus welchem sozialen Umfeld sie stammen», findet sie. Die Art der Ausbildung hänge zu einem gros-

sen Teil vom Einkommen der Eltern ab. Und obwohl das Stipendienwesen mit dem Konkordat eigentlich harmonisiert wurde, sei es noch immer eine Frage des Wohnkantons, wie viele Stipendien man für die Ausbildung bekommt. «Das ist überhaupt nicht chancengerecht», so Brizzi, «dagegen muss der Kanton ein Zeichen setzen.» Die SP wird also in der nächsten Grossratssitzung am 8. November ein Postulat einreichen mit der Forderung, die aktuelle Situation zu überprüfen und notwendige Anpassungen vorzunehmen.

## SVP-Grossrätin nicht überrascht von tiefen Stipendienzahlungen

Anders sieht dies Maya Meier, ebenfalls Mitglied der Bildungskommission. Mit ihrer Fraktion, der SVP, hatte sie das revidierte Stipendiengesetz, inklusive Splittingmodell, befürwortet. Die neuen Zahlen des Bundesamts für Statistik zum Stipendienwesen überraschen sie nicht. «Was wir und eine klare Mehrheit der Stimmbevölkerung wollten, wurde umgesetzt», sagt sie.

Dass wegen des neuen Modells weniger Personen ein Studium in Angriff nehmen, bezweifelt die Grossrätin. «Es ist ja nicht so, dass der Kanton keine Unterstützung gewährt. Auch die zinslosen Darlehen sind eine grosse Hilfe.» Es sei zumutbar, diese innerhalb von

zehn Jahren nach Abschluss zurückzubezahlen. Meier sieht auch keinen Nachteil darin, neben dem Studium zu arbeiten: «Das ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch für die persönliche Entwicklung sinnvoll.» Ein gangbarer Weg wäre auch ein breiteres Angebot an berufsbegleitenden Studiengängen, denn: «Man ist nie im Nachteil, wenn man arbeitet und Erfahrung sammelt», so Meier. Sie erinnert weiter an den Fachkräftemangel in allen Branchen, dem arbeitende Studierende immerhin etwas entgegenwirken können.

## Stipendien als Massnahme gegen den Fachpersonenmangel

Gerade wegen des Fachpersonenmangels müsse man die Studierenden besser unterstützen, sagt Simona Brizzi: «Stipendien sind keine Almosen, sondern eine Investition in die Zukunft junger Menschen.» Politik, Wirtschaft und Gesellschaft forderten mehr ausgebildete Fachpersonen. «Wir brauchen Fachkräfte, also müssen wir auch unterstützende und fördernde Bedingungen schaffen», sagt die Dozentin.

Kantonsbeiträge für die Ausbildung könnten ein Standortkriterium sein, so Brizzi, der Aargau müsse darin attraktiv werden. «So ein schwaches Stipendienwesen können wir uns in der jetzigen Zeit schlicht nicht leisten», sagt sie.

«Stipendien sind eine Investition in die Zukunft von jungen Menschen.»

«Auch die zinslosen Darlehen sind eine grosse Hilfe.»



Simona Brizzi  
SP-Grossrätin



Maya Meier  
SVP-Grossrätin



währt wird und wie hoch er ausfällt, wird etwa anhand der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Eltern, aber auch der Art der Ausbildung, individuell festgelegt. Höchstens 16 000 Franken pro Jahr für ein Studium, gesplittet in Stipendium und Darlehen, können dann gewährt werden. Wer kein Darlehen aufnehmen will, erhält höchstens 10 667 Franken im Jahr.

Stipendien seien wichtige Beiträge für Bedürftige, die sich sonst eine Ausbildung nicht leisten können, ruft Leitch in Erinnerung. Diese halte man mit Sparmassnahmen bei den Kantonsbeiträgen in ihrer Laufbahn zurück, was auch volkswirtschaftlich keinen Sinn mache: «Studierende, die nebenbei für den Lebensunterhalt viel arbeiten müssen, studieren tendenziell länger. Das kostet den Kanton.»

Nicht nur müssten dann über einen längeren Zeitraum Beiträge an die Standortkantone bezahlt werden, dem Aargau entgingen zudem Steuergelder, wenn die Studierenden erst später voll ins Erwerbsleben eintreten. Leitch sagt: «Ein Stipendium ist eine Investition, das darf man nicht vergessen.» Mit diesen Argumenten hatten die Gegner auch 2018 gegen das Stipendengesetz gekämpft.

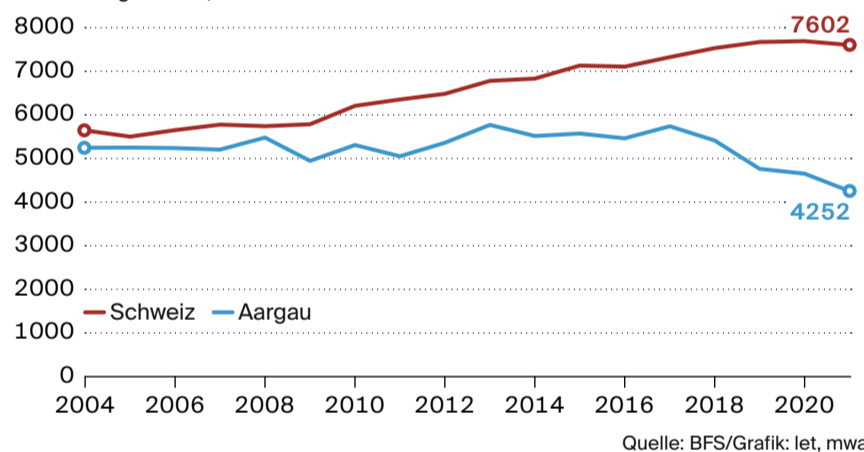
#### Höherer Maximalbeitrag des Kantons wurde abgelehnt

Mit dem Splittingmodell müsste zumindest der maximale Kantonsbeitrag erhöht werden, fand Leitch damals im Grossen Rat. Sein Antrag, diesen bei 17 000 Franken festzusetzen, wurde vom Grossen Rat aber abgelehnt. Per Dekret legte er eine Reduktion auf 16 000 Franken fest. Dazu hatte die Stimmbevölkerung nichts zu sagen.

Erhält jemand den Maximalbeitrag und verzichtet auf das Darlehen, hat er oder sie also monatlich noch 889 Franken zur Verfügung – viel zu wenig für Lebensunterhalt, Studiengebühren und Lernmaterial. «Auf das Darlehen zu verzichten, macht einen enormen Unterschied», sagt Leitch. Studierende zögerten, ein solches aufzunehmen, glaubt er. Das zeige sich darin, dass die Beiträge für Darlehen zwar zugenommen haben, jedoch nicht in dem Mass, wie man es mit Einführung des Splittingmodells habe erwarten können.

#### Stipendien: Der Aargau fällt ab

Durchschnittlicher Betrag in Franken pro beziehende Person, alle Bildungsstufen, Stand: 2021



Das ist auch die Einschätzung von Olivier Dinichert, dem Leiter der Abteilung Hochschulen und Sport des kantonalen Bildungsdepartements. Er sagt: «Es besteht eine gewisse Zurückhaltung der Studierenden, sich mit kleinen Darlehensbeiträgen zu verschulden.» Dinichert hat den Überblick über die Entwicklung der kantonalen Ausbildungsbeiträge. Ob und inwiefern die Revision einen direkten Einfluss auf die Abbruchquote von Aargauer Studierenden hat, kann er aber noch nicht sagen. «Dafür brauchen wir zuerst ein paar Jahrgänge, die ein Studium in Angriff nehmen», erklärt er.

#### Auswertung wegen Corona-Effekt bisher nicht möglich

Zwar sind seit Einführung des revidierten Gesetzes schon vier Jahre vergangen, die ausserordentliche Zeit während der Pandemie würde das Ergebnis aber verzerren. Im Herbst 2020 nahmen erheblich mehr Aargauerinnen und Aargauer ein Studium in Angriff als in den Vorjahren – andere Möglichkeiten, etwa für ein Auslandsjahr, fehlten. Am höchsten sei der Anstieg der Studierendenzahlen bei den Phil-I-Fächern (sprachlich/historisch) gewesen. Gegenüber anderen Jahren fing ein Viertel mehr ein solches Studium an.

Insgesamt sei die Eintrittsquote an den Hochschulen aber stabil. Rund 14 000 Aargauerinnen und Aargauer sind derzeit an einer Universität, einer

Fachhochschule, einer Höheren Fachschule oder einer Pädagogischen Hochschule immatrikuliert.

Das revidierte Stipendengesetz habe indes nicht nur negative Auswirkungen auf die Studierenden, weiss der Abteilungsleiter. «Das Gesetz hat es uns ermöglicht, dass wir während der Pandemie unkompliziert zinslose Notdarlehen sprechen konnten.» 300 000 Franken wurden vom Kanton bereitgestellt, insbesondere um jenen zu helfen, deren Nebenjobs wegen der Coronamassnahmen wegfielen.

Die kantonale Sektion Stipendien hat Studierende, die auf Kantonsbeiträge angewiesen sind, per E-Mail darauf aufmerksam gemacht. «Wir wollten verhindern, dass jemand sein Studium unterbrechen oder abbrechen musste, weil er oder sie in dieser Zeit nicht arbeiten konnte», sagt Dinichert. Die Darlehen wurden jeweils innerhalb von zwei Wochen nach Gesuchseingang zur Zahlung freigegeben.

Dennoch: Auch beim Kanton weiss man, dass die Anpassungen von 2018 Auswirkungen auf die finanziell schwächeren Studierenden haben können. Auch, wie sehr das Gesetz die Kantonsfinanzen schon oder belastet, will man wissen. «Wir haben ein grosses Interesse daran, die Effekte aus der Stipendengesetzesrevision zu untersuchen», so Dinichert. Er verspricht, das werde man zum richtigen Zeitpunkt, coronabereinigt, in Angriff nehmen.



Bisher hielt sich Jean-Pierre Gallati bedeckt, doch nun ist klar, dass der SVP-Mann auf eine Kandidatur verzichtet. Bild: Chris Iseli

## Gallati will nicht Bundesrat werden

SVP-Gesundheitsdirektor verzichtet auf eine Kandidatur für die Landesregierung.

Fabian Hägler

Es sind bekannte Personen in der SVP Aargau, die Jean-Pierre Gallati als Kandidaten für den Bundesrat sehen: Der ehemalige Kantonalpräsident und Nationalrat Thomas Burgherr, Gewerbepräsident und Nationalrat Benjamin Giezendanner oder der langjährige Wahlkampfleiter Werner Laube bezeichneten den Aargauer Gesundheitsdirektor als geeignet für die Landesregierung (AZ von gestern). Gallati selber hielt sich seit der Rücktrittsankündigung von Ueli Maurer bedeckt, wenn es um die Frage einer Kandidatur ging. Zuerst sagte er nur, er sei in den Ferien, und liess die Anfrage der AZ inhaltlich unbeantwortet. Am Donnerstag sagte Gallati dann, er äussere sich vor dem Ablauf der Meldefrist an die SVP Schweiz nicht zu einer möglichen Kandidatur.

Diese Frist lief gestern Freitag ab, und am Abend sagte der 56-Jährige auf Anfrage: «Ich verzichte auf eine Kandidatur für den Bundesrat.» Weitere Fragen der AZ beantwortet Gal-

lati nicht, so bleiben die Gründe für seinen Entscheid offen.

#### Verzichtet Gallati, weil er nicht in Bundesbern sitzt?

Aus gut informierten SVP-Kreisen im Aargau ist zu vernehmen, der Gesundheitsdirektor habe verzichtet, weil Kandidaten ausserhalb des Bundesparlaments erfahrungsgemäss kaum Chancen hätten.

Schon vor Gallati hatten dessen Partei- und Regierungsratskollege Alex Hürzeler sowie Kantonalpräsident und Nationalrat Andreas Glarner abgelehnt. Damit ist klar, dass der nächste Bundesrat nicht aus der Aargauer SVP kommen wird.

Offiziell im Rennen um die Maurer-Nachfolge sind Nationalrat Albert Röstli und Ständerat Werner Salzmann (beide aus dem Kanton Bern), der Zürcher Alt-Nationalrat Hans-Ueli Vogt, der Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler sowie die Nidwaldner Regierungsrätin Michèle Blöchlinger. Wem gibt Gallati bei der Wahl am 7. Dezember die besten Chancen? Auch diese Frage lässt der Regierungsrat offen.

## Kantonspolizei warnt vor fiesen Telefonbetrüchern

Aufruf an potenzielle Opfer: «Gehen Sie keinesfalls auf die Forderungen von falschen Polizisten ein»

Die Anrufe beginnen gemäss einer Mitteilung der Kantonspolizei Aargau meistens auf die gleiche Art. Die Betrüger geben sich als Polizisten aus und teilen mit, dass in der Nachbarschaft Einbrecher festgenommen wurden oder jemand in der Verwandtschaft einen schweren Unfall hatte. Letztlich geht es in den Anrufen immer um Beute: Die Betrüger fordern Geld, um dieses vermeintlich vor Einbrechern in Sicherheit zu bringen oder als Kaution, um jemand vor dem Gefängnis zu bewahren.

Der Kreativität der meist professionellen Betrüger sind hier keine Grenzen gesetzt. Allein am Donnerstag gingen bei der Kantonspolizei Aargau gemäss Mitteilung rund 20 Meldungen von Betroffenen ein, die solche Anrufe von vermeintli-

chen Polizisten erhalten hatten. Die Dunkelziffer dürfte weit grösser sein.

Leider fordert die Masche laufend Opfer, schreibt die Kantonspolizei. So verzeichnet sie immer wieder Fälle, bei denen Betroffene zahlen oder kurz davorstünden, den Geldforderungen nachzukommen. Im Fokus der Betrüger stehen vornehmlich ältere Leute, die meist anhand ihres Vornamens aus dem Telefonverzeichnis ausgewählt werden. So wie die Kriminellen über alle Landesgrenzen hinweg operieren, bestehen bei den Anrufen keine örtlichen Schwerpunkte. Einmal mehr warnt die Kantonspolizei vor solchen Telefonbetrüchern. Sie rät dazu, Anrufe dieser Art sofort abzubrechen und keinesfalls auf Forderungen einzugehen. (fan)